

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsort: Riesa, Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtshauptmannschafts Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa.

Postfachkonto: Dresden 1580
Grafstr. Riesa Nr. 22.

Nr. 302.

Mittwoch, 29. Dezember 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintrittens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Papiere und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für gewöhnliche Anzeigen 100 Gold-Pfennige; bis 80 mm breite Zeilen 100 Gold-Pfennige; darüber hinaus 120 Gold-Pfennige. Zeitraube und tabellarische Anzeigen 50%, Aufschlag, feste Tarife. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für gewöhnliche Anzeigen 100 Gold-Pfennige; darüber hinaus 120 Gold-Pfennige. Zeitraube und tabellarische Anzeigen 50%, Aufschlag, feste Tarife. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für gewöhnliche Anzeigen 100 Gold-Pfennige; darüber hinaus 120 Gold-Pfennige. Zeitraube und tabellarische Anzeigen 50%, Aufschlag, feste Tarife.

Englische und französische Sorgen.

au. Berlin. Das englische Schahamt hat die Kohlenpreise der vergangenen Monate noch nicht überwinden können, und man rechnet in London mit größeren Schwierigkeiten bei der Aufstellung des Etats. Es liegt der Regierung fern, durch die Erhöhung der Steuern den Ausfall der Einnahmen wieder aufzuholen. Jede Verbilligung der Steuerzahler soll solange vermieden werden, als sich noch Möglichkeiten für eine anderweitige Kapitalbeschaffung ergeben. Es ist bekannt, daß die Kriegsschulden Englands an Amerika zu einem großen Teil bereits abgetragen sind, und es sind daher hierfür die Gründe maßgebend gewesen, sich frei von jeder Abhängigkeit von der amerikanischen Wirtschaft zu halten. Gegenwärtig erfolgen in den Staaten, die sich während des Krieges von England finanziell haben lösen lassen, Maßnahmen von Seiten des Londoner Schahamtes, die geschuldeten Summen möglichst schnell zurückzubekommen.

Churchill hat bei seinem kürzlichen Pariser Aufenthalt mit Poincaré über die baldige Ratifikation des französisch-englischen Schuldenabkommens von 1925 gesprochen und gleichzeitig erlosene ähnliche Schritte bei der jugoslawischen, der griechischen und der portugiesischen Regierung. Der französische Finanzminister kann sich nicht unangelegener kommen als diese englische Mahnung. An der Frankfurter Front das französische Wirtschaftsleben. Trotz wiederholter Ankündigungen konnte infolge der Unsicherheit der Währungs das Postgefes, das als Unterlage für den endgültigen Abschluß eines deutsch-französischen Wirtschaftsvertrages dienen soll, noch immer nicht fertiggestellt und verabschiedet werden.

Mit vieler Mühe ist es Poincaré gelungen, den Kurs des Franken wieder zu heben. Von einer Stabilisation ist dabei nicht die Rede, aber die Erscheinungen der Deflation, welche machen sich dennoch hart bemerkbar. Überall fehlt es der Industrie am nötigen Kapital. Die Arbeiter müssen zu einem großen Teil aus den Betrieben entlassen werden, da die Betriebe der Stilllegung von Tag zu Tag sich stärker bemerkbar machen. Ueber die weiteren Absichten Poincarés zur Stabilisierung der Währung und zur Ueberwindung der empfindlichen Absatzkrise ist auch in Frankreich nichts bekannt. Die internationale Finanzwelt beobachtet alle Maßnahmen Poincarés mit Interesse, und besonders in Amerika scheint man sich vorläufig noch abwartend verhalten zu wollen, um im geeigneten Augenblick wieder mit dem Vorgehen der Ratifikation des Schuldenabkommens hervorzutreten. Dieser ist nichts darüber bekannt, daß Amerika Frankreich ein Entgegenkommen zeigen will. Anders ist es mit England. Es verlangt von Frankreich anderweitige Zugeständnisse, falls es auf Zurückzahlung der Schulden im Augenblick nicht besteht. Es läßt sich beispielsweise freie Hand in der Kriegsmaterialfrage gegenüber Deutschland geben und hilft damit der englischen Wirtschaft härter, als wenn die Ratifikation des Schuldenabkommens mit Frankreich auf ein spätes Datum erfolgt. Wie sehr die englische Regierung bemüht ist, ihre politische Machtstellung in den Dienst der Wirtschaft zu stellen, zeigt auch aus den Verhandlungen über die Vergabe eines Kredites an Rußland hervor, die in letzter Zeit mit der Moskauer Regierung angeknüpft worden sind. Die starke Investierung amerikanischer Geldes in Rußland läßt alle politischen Bedenken Englands schweigen und veranlaßt es, ebenfalls möglichst viele Eisen in Rußland im Feuer zu haben, um aus dem dortigen Wirtschaftskampf der auswärtigen Mächte Nutzen zu ziehen.

Wann werden die Rheinlande frei?

ads. Der Berliner Korrespondent der Wiener Neuen Freien Presse meldet seinem Blatt aus Kreisen, die angeblich der deutschen Regierung nahe stehen, daß am 31. Januar 1928 die vollständige Räumung der Rheinlande vollzogen sein werde. Auf Grund der Versprechungen in Genf würden jetzt die diplomatischen Verhandlungen über die Räumung fortgesetzt werden. Von einer finanziellen Gegenleistung Deutschlands könne keine Rede sein. Es werde jetzt eine Gegenleistung ins Auge gefaßt, die auf dem Gebiete der Sicherheit liegen solle. Frankreich schlage vor, daß nach Räumung des besetzten Gebietes eine Kommission gebildet werden solle, die gewisse Kontrollbefugnisse habe, aber zivilen Charakter haben solle und nicht nur die Entmilitarisierung des Rheinlandes, sondern auch der angrenzenden französischen und belgischen Gebiete kontrollieren solle. Auf die Forderung Deutschlands, daß diese Kommission entweder überhaupt nicht im Rheinlande, sondern in einem neutralen Staate oder sowohl im Rheinlande wie auch in französischen und belgischen Grenzgebieten ihren Sitz haben solle, weise Frankreich einzuweichen.

Aus dem Auswärtigen Amte.

(Berlin. Wie verlautet, wird der voritzigende Legationsrat Winkels aus der Personalabteilung des Auswärtigen Amtes das neu errichtete deutsche Generalkonsulat in Ägypten übernehmen. Legationsrat Schulz, der bisher ebenfalls der Personalabteilung angehört, wird als Generalkonsul nach Alexandria gehen. Der bisherige Leiter der Personalabteilung, Ministerialdirektor von Stohrer, wird den ihm übertragenen Geschäftsbereich im Range im Laufe des Januar antreten. Ebenso wird der bisherige Pressesekretär des Reichsregierungs, Ministerialdirektor Ried, seine neue Tätigkeit als Vizekonsul in Washington im Januar beginnen.

Der Landauer Konflikt abgeschlossen!

Die Pariser Auffassung.

(Paris. Die Pariser Blätter erklären, daß die diplomatischen Verhandlungen über das Landauer Kriegsgerichtsverfahren jetzt als abgeschlossen zu betrachten seien. Auch die deutsche Regierung beabsichtige nicht, den Fall Rouzier zu weiteren politischen Forderungen zu benutzen. Der deutsche Botschafter hätte keine neuen Weisungen erhalten. Im Übrigen bringen die Pariser Blätter eine amtliche Mitteilung, daß weder eine Verletzung des Leipziger Kongress noch eine Zurückziehung der Besatzung von Germerstheim ins Auge gefaßt sei.

Die deutsche Auffassung des Falles kann sich selbstverständlich mit diesem Pariser Standpunkt nicht einverstanden erklären. Für uns bleibt die Landauer Krise in einem wesentlichen Punkte ungelöst solange Rouzier frei ausgeht oder nicht zum mindesten auf anderem Wege und eine ausgiebige Benützung gewährt wird.

Die „Kölnische Volkszeitung“ über den französischen Gnadenakt.

(Köln. Die „Kölnische Volkszeitung“ schreibt zu dem Gnadenakt der französischen Regierung: „Bei dieser Kompromißhaften Auffassung wird vollständig verkannt, daß für uns Deutsche nicht nur, sondern für alle Menschen mit

Vipinski gegen die Große Koalition in Sowjet.

Berlin. Der frühere sächsische Minister Vipski befaßt sich im „Vorwärts“ in einem Artikel mit der Sachfrage. Vipski geht zunächst auf die Schwierigkeiten in der Ministerpräsidentenwahl ein und erklärt, daß sie ihre Ursachen darin habe, daß die Deutsche Volkspartei den Bürgerblock wolle, während die Sozialisten und die Demokraten die Große Koalition erstrebten. Da dies ohne die Sozialdemokratische Partei aber nicht möglich sei, hofften sie, daß der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands auf die sächsische Partei einwirken werde, um die sächsische Sozialdemokratie für die Große Koalition zu gewinnen. Diese Hoffnung hält Vipski aber für irrealistisch. Die Sozialisten wollten keine Regierung unterrichten, die von der SPD. abhängig ist. Der Kandidat Plehner paßt ihnen nicht. Die Deutsche Volkspartei lehne eine Große Koalition mit den Sozialisten ab und begreife sich in der Abrechnung mit der sozialdemokratischen Landtagsfraktion.

Für die Sozialdemokratische Partei Sachsens ist die Große Koalition unmöglich.

Als Gründe führt Vipski u. a. die von der im Jahre 1924 geschaffenen Großen Koalition geführte Personalpolitik an. In den Ministerien seien die Sozialdemokraten fast rektlos entlassen worden. Das Personalwesen sei den Nationalen und Volksparteien übertragen worden. Die Vorkontrakte des monarchischen Staates sei auf der ganzen Linie wieder in den Sattel gehoben worden. Eine neue Regierung könne aber das Vertrauen des Volkes nur wieder gewinnen wenn sie imstande sei, die durch die Große Koalition geschaffenen Zustände zu beseitigen. Eine Große Koalition, die jetzt käme, würde aber die Stabilisierung dieser Zustände bedingen. Würde die sozialdemokratische Fraktion auf solche Bedingungen eingehen und in eine Regierung der Großen Koalition einreten, ohne in der Lage zu sein, an diesen Zuständen etwas zu ändern, so würde sie die Partei und die Arbeitermassen enttäuschen und auf lange Zeit das Vertrauen der Arbeiterschaft verlieren. Ein Bündnis der Sozialdemokratie mit einer anderen Partei oder eine Unterhandlung sei ausgeschlossen, denn es sei keine Partei da, mit der sich eine Mehrheit bilden ließe.

Die Demokraten sind, wie Vipski weiter aufführt, bei der letzten Wahl fast gerieben worden. Von den 22 im Jahre 1925 sind sie auf 5 Mandate gesunken. Sie sind die eigentlichen Schuldigen für die sächsische Krise seit 1923. Obgleich sie sachlich den Standpunkt der sozialistischen Regierung teilten, haben sie die Regierung auch am 31. Januar 1928 dadurch gestützt, daß sie für das kommunistische Mißtrauensvotum stimmten, ausschließlich aus dem egoistischen Grunde, schnell selbst zu Ministerposten zu gelangen. Sie stützten auch die Frelisch-Regierung. Eine Weimarer Koalition lasse sich wirklich mit 5 Demokraten in Sowjeten nicht bilden. Die Antwortler kämen für eine Verhandlung nicht in Betracht und die Volkspartei sei nur eine Spielart der Deutschen Nationalen. So sei kein Partner für eine sozialistische Regierung vorhanden. Wenn die Sozialisten nicht selbstlos genug, bei der nächsten Wahl für Plehner zu stimmen, so bleibt nur die Auflösung dieses Landtages oder der Bürgerblock.

Seine frühere Einberufung des Reichstages.

qu. Berlin. Von linksstehender Seite ist in den letzten Tagen der Wunsch an frühere Einberufung des Reichstages ausgesprochen worden. Wie wir hören, ist der Reichstagspräsident Loebe der Ansicht, daß mit dem Zusammentritt des Hauptausschusses des Reichstages der Versuch der parlamentarischen Lösung der Rabinettkrise zuerst unternommen werden soll, und daß nach der Führederklärung dann daran gedacht werden soll, an die Fraktionen heranzutreten. Der Reichspräsident von Hindenburg wird Präsident Loebe und dem letzten Reichstagsdr. Marx

einem ungetrübten Rechtsbewußtsein und mit natürlichem Verständnis für die Empfindungen einer die seelische Last der Besatzung nun schon so lange tragenden freibürgerlichen Bevölkerung die Hauptsache ist: Der fremde Landbesitzer acht frei aus, der ohne Not einen wehrlosen Deutschen erschossen, und damit bleibt die Sorge, daß mancher leber wirksamen Abschreckung durch eine unparteiische Gerechtigkeit mit Zwischenfällen jeder Art auch weiterhin gerechnet werden muß.“

Projekt der liberalen Regierung von Nicaragua in Washington.

Washington. (Hunkspruch.) Der Vertreter der liberalen Regierung in Nicaragua, Dr. Baco, hat im Staatsdepartement eine Note der Regierung Sacaca überreicht, in der gegen die Operationen amerikanischer Truppen auf dem Gebiete von Nicaragua protestiert und u. a. der Admiral Patmer beschuldigt wird, in Verletzung der internationalen Rechte eine Zensur eingeführt zu haben. Das Staatsdepartement und das Marineministerium erklären, daß sie keine Kenntnis davon hätten, daß eine Zensur errichtet worden sei. Es ist im übrigen sehr wahrscheinlich, daß auf diese Protestandgebungen nicht geantwortet wird, da die Regierung Sacaca von der Regierung der Vereinigten Staaten nicht anerkannt worden sei. Offiziell wird erklärt, daß die Aktion der Vereinigten Staaten in Nicaragua nur den Schutz von Leben und Eigentum der Amerikaner bezwecke.

am 10. Januar von seinen Absichten über die Beilegung der Krise in Kenntnis setzen.

Die neuen Beamtenforderungen.

qu. Berlin. Die Beamtenorganisationen werden ihre Vertreter Anfang Januar zum Reichsfinanzminister entsenden, um ihn über die Beibehaltung der Zuschlagzahlung zu veranlassen, bis die allgemeine Gehaltsregelung erfolgt sei. Ueber die Stimmung im Reichsfinanzministerium zu dieser neuen Forderung der Beamtenorganisationen hören wir, daß wenig Neigung besteht, die Weihnachtsbeihilfe auch in den folgenden Monaten zu zahlen. Die Verhandlungen über den Finanzausgleich, durch die einig eine Ueberbrückung über die Finanzverhältnisse des Reiches gewonnen werden kann, werden erst im April zum Abschluß gelangen, da der Widerstand einiger Länder gegen die Politik des Reichsfinanzministers noch nicht beseitigt werden konnte und auch noch nicht besteht, in welcher Weise der neue Finanzausgleich herbeizuführen gedenkt. Auch im Reichskabinettsrat spricht man sich angelegentlich der außenpolitischen Verpflichtungen und der großen Arbeitslosigkeit gegen die sofortige Erhöhung der Beamtengehälter aus. Die Stellungnahme der Parteien hat sich nicht geändert, sie werden sich durchweg für die Besserstellung der Beamten einsetzen und entsprechende Anträge im Parlament einbringen.

Die Debatte über die deutsch-französische Annäherung.

(Madrid. In einem „Ausführung mit Frankreich“ überschriebenen Artikel hebt ein Mitarbeiter der Zeitung El Debate die Bedeutung der Annäherung zwischen der deutschen und der französischen Politik hervor, indem er festhält, daß auf beiden Seiten ernste und leidenschaftliche Staatsmänner aufrichtig für eine Ausöhnung eintreten, teils aus politischen Gründen, teils wegen wirtschaftlicher Notwendigkeiten, von denen einige als ziemlich dringend empfunden.

In dem Artikel heißt es weiter: Die Politik Stresemanns hat schon sehr schätzenswerte Ergebnisse erzielt, was sich vor allem an einem Vergleich der gegenwärtigen Lage mit derjenigen im Jahre 1923 ergibt. Zur Zeit ist Frankreich hauptsächlich wegen der Haltung der Nationalisten, der Völkischen und der Wehrverbände bedroht, während Deutschland das größte Hindernis für eine Ausöhnung in der militärischen Beilegung eines ausgedehnten und stark bevölkerten Gebietes mit den unvernünftigen Uebergriffen von Militärbehörden erblickt, wie sich dies kürzlich anlässlich des Kriegsgerichtsverfahrens von Landau zeigte. Dauert die Hera der militärischen Beilegung fort, so ist eine aufrichtige Freundschaft zwischen Frankreich und Deutschland unmöglich; denn Freunde überwinden sich nicht gegenseitig mit aufgeblasenem Balonett, was als das ungeeignetste Mittel erscheint, um die Herzen zu gewinnen. Für ganz Europa ist eine Ausöhnung so notwendig und so wertvoll, daß alle die Mühe haben, mit allen Mitteln dazu beizutragen, daß die noch bestehenden Missverständnisse verschwinden.

Ein Begrüßungsabend für Dr. Luther.

(Berlin. Reichskanzler a. D. Dr. Luther folgte gestern einer Einladung der Volkshaus A.-B. und des Aero-Clubs zu einem Begrüßungsabend in den Räumen des Aero-Clubs. Direktor Dr. von Stauff und Präsident von Reher begrüßten den Ehrenast und hoben die große moralische und materielle Bedeutung hervor, die die deutsche Luftfahrt den Beförderungen eines deutschen Staatsmannes beimesse. Dr. Luther gab darauf eine Schilderung seiner Flugerlebnisse in Südamerika. Unter den Anwesenden befanden sich u. a. die Reichsminister Dr. Gehler und Dr. Krobner.